

KLARTEXT

Bürgerzeitung für das Rhein-Main-Gebiet

Mai/Juni 2022

Ausgabe 1

ACHTUNG! Staat will an Ihr Vermögen!



Grafik: freepik

Sie werden nichts mehr besitzen und Sie werden glücklich sein.

Wissen Sie, was ein Lastenausgleich ist? 1952 wurde in der damals jungen Bundesrepublik ein Gesetz verabschiedet, das die Lasten des Krieges und des Wiederaufbaus auf die Bevölkerung verteilen sollte. Das Gesetz sollte Entschädigungen bringen für Menschen, die im Zuge des Krieges Schaden erlitten haben. Dabei wurden alle Vermögen ab einer bestimmten Grenze mit 50% des Wertes belastet. Dies betraf damals insbesondere Vermögen in Form von Immobilien und Grundstücken. Nicht wenige Menschen mit Immobilienbesitz konnten die Zahlungen damals nicht leisten und verloren so auch ihren letzten Besitz.

Wussten Sie, dass der Bundestag bereits 2019 eine Neufassung des "Lastenaus-

gleichs" beschlossen hat?

Wussten Sie, dass in diesem neuen Gesetz bereits verankert war, dass es in Kraft tritt, wenn es eine große Zahl von Schäden durch Impfungen gibt und diese Impfschäden so auf die Gesamtbevölkerung verteilt werden sollen?

Es ist schon pikant, wenn der Bundestag 2019 einen Lastenausgleich beschlossen hat, der Impfschäden mit einbezieht und dieser Bundestag jetzt gerade eine allgemeine Impfpflicht beschließen will. Wussten Sie auch, dass es wieder um die Belastung von Vermögen mit 50% ihres Wertes geht? Sollten Sie also z.B. in der Situation sein ein Haus zu besitzen, das 300.000 Euro Wert hat, dann hätten Sie ab Inkraft treten 150.000 Euro an den Staat zu zahlen. Das betrifft auch all die-

jenigen, die erst in den letzten Jahren eine Immobilie gekauft oder gebaut haben, selbst wenn diese Immobilie mit einer Hypothek belastet ist. Sollten Sie bei der Finanzierung Ihres Hauses nicht bedacht haben, dass der Staat Ihnen noch einmal tief in die Tasche greifen will, dann wäre es spätestens jetzt Zeit sich damit zu beschäftigen. Im schlechtesten Fall können Sie diese Belastung auf Ihr Vermögen nicht stemmen. Dann ist der Staat gnadenlos und wird sie dazu zwingen Ihr Vermögen zu liquidieren um Ihre Schulden zu bezahlen, was dann in vielen Fällen zu Notverkäufen oder Zwangsversteigerungen von Immobilien führt. Und solcherlei Dinge bringen dann meist lange nicht den Wert ein, den die Immobilie tatsächlich hat. Das heißt, Sie

werden dann kein Haus mehr haben, dafür aber eine Menge Schulden (denn die Bank lässt Sie da auch nicht so einfach raus). Und jetzt wissen Sie, warum es in Deutschland unbedingt eine Impfpflicht braucht, denn ohne Impfpflicht gäbe es keinen Lastenausgleich wegen Impfschäden. Gibt es diese Impfpflicht, kann der Staat die Schäden aus der Impfung problemlos auf die Bevölkerung abwälzen, die bis dato ohnehin geschöpft wird. Überaus sinnvoll ist es daher auch sich mit dem Thema Impfschäden zu befassen, damit Sie nicht dem Irrtum erliegen, diese wären gering, weil ja in den Nachrichten keiner darüber berichtet. Es wird dringend Zeit, sich außerhalb der etablierten Medien damit zu beschäftigen. Schließlich geht es um Ihr Vermögen, Ihr Haus und um Ihre Zukunft oder die Zukunft Ihrer Kinder. Damit Sie einen Eindruck bekommen, wie viele Impfschäden es bereits gibt, macht es Sinn nicht beim Paul Ehrlich Institut zu schauen, diesen Zahlen – vorsichtig ausgedrückt – massiv unterbewertet sind. Schauen Sie auf die Abrechnungsdaten der Krankenkassen und dabei insbesondere auf die Zahlen, die von der BKK ermittelt wurden. Diesen Zahlen zufolge haben wir bereits ca. 2,5 Millionen Impfschäden, davon ca. 30.000 Tote. Und jetzt wissen Sie, warum der Lastenausgleich aufgrund von Impfschäden für uns alle wirklich relevant ist, zumal dieser 2024 in Kraft treten wird. Es ist also nicht mehr viel Zeit. Und behalten Sie unbedingt die Zahl der Impfschäden und -reaktionen ("Long Covid") im Auge, damit Sie wissen, was auf Sie zukommt.

Editorial

Warum es diese Zeitung gibt

Ein Wirtschaftsstudent lernt schon früh in seinem Studium die Probleme von Monopolen einzuschätzen. Monopole sind träge, faul und un kreativ. Sie blockieren Innovation und schaden dem Gemeinwohl. Besonders schmerzhaft macht sich das Problem von Monopolen bemerkbar, wenn das Monopol im Bereich der Information besteht. Wenn im Informationsbereich Monopole existieren, ist damit ein freier, offener Austausch von Perspektiven auf Augenhöhe nicht mehr möglich, weil der Monopolist alles dafür tun wird, seine marktbeherrschende Stellung auszunutzen und zu bewahren. Wenn dann diese Meinungsmonopole auch noch vom Markt abgekoppelt werden und durch staatliche Zuschüsse oder private Zuwendungen von Multimilliardären am Leben erhalten werden, sieht es schlecht aus für die Meinungsfreiheit in einem Land. Die Corona-Zeit kündigt von diesen Problemen. Hinzu kommt, dass Internetkonzerne und -giganten eifrig mit dem

Instrument der Zensur spielen. So wird jede öffentliche Debatte mit kritischen Sichtweisen verhindert. Auch im Rhein-Main-Gebiet haben wir solche Meinungs-Monopolisten: Publikationen von F.A.Z., ECHO, FR, OP, Main-Echo allesamt mit hohem Content-on-Demand-Anteilen der DPA. Diese Blätter sind im analogen Raum die einzigen Quellen der Information mit lokalem Hintergrund. Entsprechend können diese Blätter sich scheinbar vieles erlauben, ohne dass es dazu eine Gegenöffentlichkeit gibt. Sie framen, verzerrern die Fakten, reißen Sachverhalte aus dem Zusammenhang, um sie in einem anderen Licht erscheinen zu lassen. Vor allem verschweigen sie die meisten Informationen, die kritisch zur Regierung (in Bund, Land und Kommune) sind.

Es hätte in den vergangenen zwei Jahren genügend Gelegenheiten gegeben, den Menschen eine neutrale Sicht auf die Corona-Situation zu ermöglichen. Dazu hätten bestimmte Fakten nicht einfach unterschlagen werden dürfen. Sie hätten gleichberechtigt neben dem Narrativ von

Regierung und Pharmedien dargestellt werden müssen. Stattdessen fielen diese Zeitungen immer wieder durch einseitige, ja sogar zuweilen hetzerische Berichterstattung auf. Wer von solcher Hetze oder Framing betroffen war, durfte dann einen Leserbrief schreiben und darum betteln, dass auch die Gegenseite dargestellt wird. Auf der Seite mit den Leserbriefen finden sich jedoch vorwiegend Beiträge, in denen Menschen, die unbedingt für fünf Minuten auch mal wichtig sein wollen, in Fachgebieten herum diletieren, von denen sie schlichtweg nicht die geringste Ahnung haben. Kritische Leserbriefe sind die Ausnahme. Fazit: Es gibt im analogen Raum kaum eine Gegenöffentlichkeit zum Meinungsmonopol dieser Zeitungen. Gerade in einer Zeit in der wesentliche, kennzeichnende Merkmale einer Demokratie auf dem Spiel stehen und Freiheiten der Bürger zunehmend von Leuten beschnitten werden, die im Machtrausch ein Grundrecht nach dem anderen aushebeln. **Deshalb gibt es diese Zeitung.**

Damit Sie die Möglichkeit haben, auch

Sichtweisen zu erfahren, die sie ggf. sonst nicht so oft zu Gesicht bekommen. Damit Sie sich ein eigenes Bild machen können. Nur wer alle Teile des Puzzles kennt, kann sich ein vollständiges Bild machen. Wer nur die Sicht der Tagblätter kennt, ist informatorisch stark eingeschränkt und sieht nur einen Bruchteil des Bildes. Und wir stehen da in einer Linie mit vielen alternativen Medien im digitalen Raum: Wir wollen nicht, dass Sie nur uns glauben. Wir wollen nicht, dass Sie irgendjemand glauben. Wir laden Sie dazu ein, alle Informationen zu prüfen, auch die der Zeitungen. Nur prüfen Sie auch die Gegenseite und machen Sie sich dann ein eigenes Bild. Die meisten etablierten Medien machen das nicht. Diese sagen Ihnen, dass die alternativen Medien schlecht sind und dass Sie diese nicht konsumieren sollen. Sie sagen Ihnen, wie Sie über diese zu denken haben. Und nun entscheiden Sie selber, hinter welcher Haltung ein demokratischeres Verständnis steht.

Viel Freude beim Lesen dieser Zeitung - von Bürgern für Bürger!

Darf ich reinkommen?

Einkaufen und Dienstleistung zu Corona-Zeiten – ein Erfahrungsbericht

Corona hat die europäischen Länder unterschiedlich hart getroffen, das spiegelt sich auch im Konsumverhalten der Menschen wider. Die Menschen in Deutschland haben ihr Kaufverhalten stark angepasst. 30% kaufen online ein und nicht mehr vor Ort; während der Lockdowns war dieser Anteil noch höher. Auch im Lebensmittelsegment ist dieser Anstieg stark spürbar. Laut Dr. Christian Wulff (Consumer Markets Leader PwC Deutschland und EMEA) wäre dieser Trend noch stärker gestiegen, wenn die Händler auf die plötzlich gestiegene E-commerce Nachfrage besser vorbereitet gewesen wären. Ich habe im November ein kleines Ladengeschäft eröffnet. Mit dem Ziel den Menschen vor ihrer Haustür eine Einkaufsmöglichkeit mit persönlicher Beratung zu bieten, habe ich mich bewusst gegen einen Onlineshop entschieden. Regional, saisonal, nachhaltig und gesund sind mein Motto. Persönlicher Kontakt mit meinen

Kunden und individuelle Beratung sind mir wichtig.

Die Kunden blieben und bleiben aus. Was ist der Grund?

Die Corona-Krise hat unser Leben auf den Kopf gestellt. Die Menschen sind verunsichert, sorgen sich um ihre Gesundheit und die



von Freunden und Angehörigen. Homeschooling und Homeoffice benötigen viel Planung und stellen manche Familie vor große Herausforderungen. Die ständig wechselnden Maßnahmen und Verbote, so wie der Druck sich impfen zu lassen, tragen zu noch mehr Ängsten bei. Viele Menschen plagen Existenzängste und sie bangen um ihren Job. Durch Hamsterkäufe in den großen Supermarktketten leeren sich die Regale und ein Engpass wird dadurch herbeigeführt. Von Bekannten, die auch selbstständig sind, weiß ich, dass auch sie um ihre Existenz kämpfen. Erforderliche Hygienekonzepte kosten Zeit und Geld. Kunden bleiben weg und sagen Termine ab, weil sie wissen, dass der Dienstleister ungeimpft ist. Testpflicht und Impforder Genesenennachweise sind aufwändig, verhindern Spontaneität und nehmen die Freude am Shopping.

Soll das die neue Normalität sein? Keine kleinen, örtlichen Läden mehr? Ausgestorbene Innenstädte? Unpersönliche **Käufe im Internet?** Marktriesen wie Lidl, Aldi, etc. bestimmen die Preise?

Ich kann diese Frage für mich deutlich mit **NEIN!** beantworten.

Lasst uns die Corona-Krise als Chance sehen für eine sozialere, nachhaltigere Welt.

Lasst uns, nach dem aufgezwungenen social-distancing, wieder zusammenrücken und regionalen Handel stärken.

Ich wünsche mir, dass auch im Herbst **kein** Kunde mehr fragen muss:

„Darf ich reinkommen, auch wenn ich ungeimpft bin?“

Ich wünsche mir ein Miteinander auf Augenhöhe.

Besorgte Mutter fragt: Soll ich mein Kind impfen?

Mit dieser Fragestellung beschäftigen sich viele Familien im Rhein-Main-Gebiet. Dies ist für die Gesundheit der Kinder eine wichtige und Weichen stellende Entscheidung. Neben den in den Massenmedien beworbenen Vorteilen beschäftigt sich dieser Beitrag mit den damit verbundenen Nachteilen und vor allem Gefahren für ihre Kinder.

Selbst Gerichte haben in ihren Urteilen im Zusammenhang mit Familienstreitigkeiten über die Impfung eines Kindes, bei dem sich die Eltern uneinig waren, den Nutzen und das Risiko einer Impfung für Kinder festgehalten: Z.B. das Amtsgericht Weilheim hat in einer seiner Urteilsbegründungen (Anm.: liegt der Redaktion vor) nach Anhörung der Sachverständigen u.a. Folgendes formuliert:

„Für Kinder und Jugendliche besteht demgegenüber kein bzw. kaum ein Risiko eines schweren Verlaufs der Coronainfektion. Kinder und Jugendliche haben meist einen milden oder asymptomatischen Verlauf, wenn sie mit SARS-CoV-2 infiziert sind. Das Risiko an COVID-19 zu sterben ist für sie nahezu gleich Null.“

„Die Möglichkeit im Falle einer Erkrankung andere anzustecken besteht auch im Falle einer Impfung, da die Impfung nicht vor einer Infektion schützt... Das Gericht geht davon aus, dass die vulnerablen Verwandten des Kindes

besser dadurch geschützt werden könnten, dass sich das Kind vor einem Besuch dort testen lässt.“

„Im Vergleich zu anderen Impfstoffen gibt es



Bild: Freepik

bei den Coronaimpfstoffen eine ungewöhnlich hohe Rate an gemeldeten, unerwünschten Nebenwirkungen und Todesfällen. Dies gilt auch im Verhältnis zu der Anzahl an verimpften Dosen.“

Auch ein italienisches Gericht ist sehr deutlich bei der Abschätzung der Risiken der Impfstoffe für Kinder:

„In diesem Zusammenhang ist festzustellen, dass die derzeit in Italien verwendeten Sars-Cov-2-Impfstoffe, d. h. der Impfstoff von Comirnaty/Pfizer und der Impfstoff von Spikevax/Moderna, in ihrer Packungsbeilage, die auf der Website der Agenzia Italiana del Farmaco (AIFA) öffentlich zugänglich ist, mit

der letzten Aktualisierung vom 23.2.2022 eindeutig darauf hinweisen, dass der Impfstoff bei Kindern unter 12 Jahren nicht empfohlen wird.“

Erschwerend kommt hinzu, dass die neuartigen, experimentellen mRNA-Impfstoffe noch im Entwicklungsstadium sind und nur eine „bedingte Zulassung“ durch die Europäische Arzneimittel-Agentur (EMA) haben.

„Wenn die Wahrheit rauskommt, kannst Du Deine Kinder nicht ungeimpft machen.“ (Quelle: Netzfund)

Die in New York ansässige Zeitung „Wall Street Journal“ zitierte am 21.3.2022 aus

„The Lancet“, einer der renommiertesten Medizinzeitschriften der Welt: „Von Oktober 2020 bis Oktober 2021 seien in den USA insgesamt 66 Kinder an Covid-19 gestorben. Das seien exakt so viele, wie es in dieser Altersgruppe Selbstmorde gegeben habe. Im selben Zeitraum sind 969 Kinder an unbeabsichtigten Verletzungen und 207 an Mord gestorben. Covid-Impfungen für Kinder stellten weder einen nennenswerten Schutz dar, noch würde eine Nicht-Impfung (...) die Infektionsgefahr vergrößern.“

Dies bestätigen auch hierzulande Wissenschaftler in einer Studie vom 18.4.2021. Die Deutsche Gesellschaft für Pädiatrische Infektiologie (DGPI) und die Deutsche Gesellschaft für Krankenhaushygiene (DGKH) untersuchten in einer gemeinsamen Studie bis zum April 2021 in Deutschland, wie viele Kinder in Zusammenhang mit COVID verstorben waren, und kamen zu dem Ergebnis, dass es nur vier Kinder waren. In der Studie heißt es wörtlich: „In der Saison 2018/19 wurde Influenza bei insgesamt 116 Kindern als Todesursache gemeldet.“

Die Ergebnisse der Medizin zeichnen damit ein eindeutiges Bild. Eine natürliche Stärkung des kindlichen Immunsystems ist mit einer COVID-19-Impfung nicht vereinbar, wohingegen das Risiko schwerster Nebenwirkungen erheblich höher ist.

Arbeitsrecht – droht ohne Impfung die Kündigung?



Bild: Freepik

Seit 16.03.2022 gilt in Deutschland die einrichtungsbezogene Impfpflicht, eine allgemeine Impfpflicht ist geplant.

Das Gesetz zur Stärkung der Impfprävention gegen COVID-19 und zur Änderung weiterer Vorschriften im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie vom 10.12.2021 (BGBl. I S. 5162) ist am 12.12.2021 in Kraft getreten.

Alle Personen, die in den betroffenen Einrichtungen und Unternehmen tätig sind, müssen bis zum Ablauf des 15. März 2022 der Leitung den erforderlichen Nachweis vorlegen. Nach Ablauf des 15. März 2022 müssen sie den Nachweis auch der zuständigen Behörde vorlegen, wenn sie dazu aufgefordert werden.

Bis wann gelten die neuen Regelungen? Die Regelung des § 20a IfSG tritt am 1. Januar 2023 außer Kraft. Der Text des Bundesministeriums für Gesundheit vom 22.02.2022 zeigt deutlich: Es gibt in Deutschland keine Impf-

pflicht gegen Covid19. Es handelt sich hier lediglich um eine Impfnachweis-Vorlagepflicht. Der Arbeitnehmer ist verpflichtet, seinem Arbeitgeber einen Impf- oder Genesenennachweis vorzuzeigen. Der Arbeitgeber darf diesen weder einhalten noch für die Personalakte kopieren. Der Arbeitgeber meldet diesen Nachweis an das zuständige Gesundheitsamt. Kann ein Mitarbeiter keinen Nachweis erbringen, meldet der Arbeitgeber auch das. Nach § 20a IfSG kann das Gesundheitsamt für ungeimpfte Mitarbeiter ein Betretungsverbot für die Arbeitsstätte aussprechen. Kann bedeutet nicht, dass es das auch tun muss. Bei dieser Entscheidung sind die Gesundheitsämter verpflichtet, sorgfältig abzuwägen und verschiedene Aspekte zu prüfen.

Was kann man als Betroffener tun, wenn:

• der Arbeitgeber eine Abmahnung / Ermahnung erteilt?

Es gibt keine Impfpflicht. Wer sich nicht impfen lässt, verstößt nicht gegen eine arbeitsrechtliche Pflicht. Eine Abmahnung / Ermahnung wird daher vor Gericht nicht standhalten.

• der Arbeitgeber den Impf-/ Genesenennachweis einhalten oder kopieren will?

Den Arbeitgeber höflich um eine Datenschutzerklärung nach Art. 13 DSGVO bitten, die er höchstwahrscheinlich nicht hat.

• der Arbeitgeber Druck ausübt, sich impfen zu lassen?

Dem Arbeitgeber mitteilen, dass eine Impfunfähigkeit / Kontraindikation vorliegt. Laut einer EMA-Leitlinie und geltendem

europäischen Recht dürfen nur Antigene verimpft werden und keine RNA-Technologie. Somit liegt eine Kontraindikation bei jedem Menschen vor.

Es mag wichtig sein, unsere Mitmenschen zu schützen, das Gesundheitssystem nicht zu überlasten und auch den Infektionsschutz ernst zu nehmen. Aber dann ist es auch wichtig, aus der kritischen, aber oft schweigenden Masse herauszutreten, Fragen zu stellen, Nebenwirkungen der Impfung zu erkennen, die selbst vom Bundesverfassungsgericht bestätigt wurden, Gesicht zu zeigen und nicht aufzugeben. Ungeimpfte Menschen sind keine Bittsteller und keine Opfer. Es ist das Recht jedes Menschen, sein Leben selbstbestimmt zu gestalten.

Wer kämpft kann verlieren, wer nicht kämpft hat bereits verloren. (Berthold Brecht)

An die Verteiler

Liebe Verteiler der Zeitung „Klartext“. Bitte beachtet, wenn Ihr die Zeitungen in Briefkästen werft, die Aufkleber auf den Briefkästen. Dabei gilt folgendes:

Briefkästen ohne Hinweisaufkleber: Dort dürft Ihr die Zeitung ohne Probleme einwerfen. Briefkästen mit Hinweisaufkleber „Keine Werbung einwerfen“: Auch hier dürft Ihr gerne die Zeitung einwerfen, weil unsere Zeitung keine Werbung ist. Nur wenn auf den Briefkästen steht „Bitte keine Werbung und keine Zeitungen/redaktionellen Produkte einwerfen“, dann werft die Zeitung dort bitte nicht ein. Danke!

Wollt Ihr wirklich Krieg?

Seit einigen Wochen, genauer gesagt seit dem Einmarsch russischer Truppen in der Ukraine, scheinen einige Leute wieder geil auf Krieg zu sein. Auch wenn dies (noch) nicht öffentlich von Politikern gefordert wird. Einige Medien hingegen hetzen bereits die Bevölkerung auf sich an den Gedanken an einen Krieg gegen Russland zu gewöhnen. Dabei rüsten Politiker zumindest auch verbal gegen Russland auf und fordern ein stärkeres Engagement im Ukraine Krieg. Ein Blick über den großen Teich zeigt, dass in den USA die Kriegstromele bei einigen Senatoren und Medienvertretern eifrig geschlagen werden. Und natürlich kommt die Hetze in der Bevölkerung an – dafür ist sie ja da. Und weil die einfache, aufgehetzte Meute auch kein Blatt vor dem Mund zu nehmen braucht wie Politiker und/oder Medien, mehren sich die Stimmen, die danach schreien, Russland mit militärischen Mitteln Einhalt zu gebieten. Der ahnungslose Konsument von Mainstreammedien begeht dabei die zwei wesentlichen Fehler, die im Westen derzeit Programm zu sein scheinen: Er unterschätzt die Möglichkeiten des russischen Militärs und überschätzt die Möglichkeiten des westlichen Militärs und glaubt deshalb, ein solcher Krieg wäre möglicherweise zu gewinnen. Natürlich geht der Westen daraus als strahlender Sieger hervor. Nun ist es für meine Überlegungen völlig egal, ob jemand mit Putin und den Russen sympathisiert oder mit der Ukraine und der Nato.

Was passiert mit Deutschland, wenn die Nato mit Russland in einen Krieg eintritt?

In Deutschland befinden sich einige der wesentlichen Einrichtungen der US Armee und der Nato. In Ramstein befindet sich z.B. die größte US Militärbasis außerhalb der USA. Diese ist sicher ein Primärziel für russische Raketen, ob mit oder ohne Nuklearsprengkopf. Ramstein hat eine Fläche von 1400 Hektar und damit die Größe einer Kleinstadt. Nach einem russischen Raketenangriff wird davon nicht mehr viel übrig sein. Das Rhein-Main-Gebiet liegt davon etwa 100 km entfernt. Sollte der Angriff nuklear erfolgen, kann sich jeder vorstellen, wie schnell die radioaktive Wolke hier ankommt. Doch wem das noch zu weit ist, der darf folgendes bedenken: in Wiesbaden-Erbenheim befindet sich u.a. die Lucius-D.-Clay-Kaserne. Und plötzlich sind wir nicht mehr 100+x km entfernt, sondern nur noch wenige Kilometer. Können Sie sich jetzt vorstellen, was passiert, wenn die NATO mit Russland in einen Krieg tritt?

Und sollte der Angriff nuklear erfolgen, sind wir nicht mehr weit genug entfernt, um uns entspannt zurücklehnen zu können. Eine 10 Megatonnen Atombombe wirft radioaktiven Fallout bis zu 300 km um das Zentrum der Explosion. Und 10 Megatonnen ist nicht mal eine große Nuklearbombe. Die wirklich großen haben bereits 50 Megatonnen.

Haben Sie jetzt einen zumindest kleinen Einblick darin, was uns in der Region erwartet, wenn es zu einem Krieg der Nato mit Russland kommt? Für diejenigen, die sich ein Szenario herbeisehnen, bei dem der gute Westen den bösen Putin bestraft – packen Sie schon mal sicherheitshalber die Koffer. Die französische Atlantikküste scheint als Zufluchtsort geeignet zu sein um dem Bombengewitter in Deutschland zu entgehen. Wir sind mittendrin, wenn es zum Krieg kommt. Deutschland wird dabei (wie eigentlich immer) verwüstet und einen Gewinner wird es nicht geben. Wollen Sie wirklich immer noch Krieg?

Wollen Sie wirklich immer noch Krieg?



Nato, EU und Deutschland im Konflikt mit Russland

Die DDR ist nie so russifiziert worden, wie die Bundesrepublik amerikanisiert wurde. Die Aggressivität der Nato gegenüber dem Osten (Warschauer Pakt/Sowjetunion) gipfelte 1969 darin, dass die Nato-Generalität an der innerdeutschen Grenze einen Riegel aus atomaren Landminen anlegen wollte. Der damals ins Amt gekommene neue Verteidigungsminister Helmut Schmidt verhinderte dieses Vorhaben, da ihm als Kriegsveteran die Folgen für Gesamtdeutschland klar waren. Ein atomares Inferno hätte Deutschland ausgelöscht. (Quelle: WDR Info)

In mehreren offensiven Erweiterungswellen hat sich die Nato nach Osten ausgebreitet. Die USA hat 2008 auf dem Bukarester Gipfel des Nato-Bündnisses die Entscheidung durchgesetzt, dass die Ukraine und Georgien Mitglieder der Nato werden.

Eine eindeutig anti-russische Politik! In den letzten Jahren haben sich Militärkontingente aus Nato-Ländern unter dem Vorwand von Übungen auf ukrainischem Gebiet aufgehalten. Allein 2021 waren mehr als 23.000 Soldaten von USA und Nato in der Ukraine aktiv mit mehr als 1000 Militärfahrzeugen. Ein klarer Bruch der Nato-Statuten! Das bedeutet, dass das Kommando über die ukrainischen Streitkräfte, auch über einzelne Einheiten und Untereinheiten, direkt vom Nato Hauptquartier ausgeübt wird. Die USA wie die Nato haben damit begonnen das ukrainische Territorium schamlos als Schauplatz möglicher Kriege zu erschließen. Ein solcher Krieg ist jetzt eingetreten. Die regelmäßigen, gemeinsamen Übungen sind eindeutig anti-russisch ausgerichtet. Die Nato-Staaten haben Ausbildungsmissionen in die Ukraine entsandt. Es handelt sich hier um ausländische Militärstützpunkte der Nato. Im März 2021 hat die Ukraine eine neue Militärstrategie verabschiedet, die gegen Russland zielt.

Eine Provokation! Der russische Bär zeigt dem Schakal, wo seine Grenzen sind! Die Nato ist im Balkan Krieg zum Aggressor geworden, der zahlreiche Kriegsverbrechen begangen hat. Im Gegensatz zum Maidan-Putsch 2014 scheiterten mehrere Umsturzversuche, die vom Westen initiiert und finanziert wurden. Diese waren z.B. Kasachstan Anfang 2022,



Weißrussland 2021 und die Kriegserklärung von Georgien an Russland 2008.

Die den Russen unterstellten Kriegsverbrechen an der Zivilbevölkerung waren von der ukrainischen Regierung geplant und vorbereitet worden. Sie hat zum Partisanenkampf aufgerufen und vollautomatische Kriegswaffen an Zivilisten ausgegeben – wohl wissend, dass laut Hagener Landkriegskonvention bewaffnete Zivilisten und Partisanen sofort hingerichtet werden dürfen und kein Anspruch

auf Kriegsgefangenschaft besteht, da diese Leute keiner regulären Armee angehören, keine Hoheitszeichen tragen und aus dem Hinterhalt kämpfen. Ist es nicht die ukrainische Regierung, welche Kriegsverbrechen begeht? Ggf. um den Konflikt nach Europa hinein zu tragen? Es ist davon auszugehen, dass im ukrainischen Generalstab Nato-Berater aktiv mitwirken. Der von westlichen Politikern unterstellte Einsatz von Chemie-Waffen seitens Russlands ist ebenfalls eine Unterstellung mit

null faktischer Beweiskraft.

In der nächsten Ausgabe erfahren Sie mehr über die deutschen Unterstützer vom Maidan, Politiker und NGO's, über den damit verbundenen Umsturz des vom Volk gewählten Präsidenten Janukowitsch und über die Integration der Ukraine in die Nato und in die EU - koste es was es wolle - auch um den Preis eines Krieges.



Schuster bleib bei Deinen Leisten!

Was Journalisten wirklich können Kommentar

Was haben Journalisten und Eunuchen gemeinsam? Sie können beide nur drüber reden. Dieser Kalauer, der auch auf Unternehmensberater und andere Berufsstände übertragbar ist, bringt auf den Punkt, was seit vielen Jahren Zustand in der Journalistenlandschaft ist. Wie sieht der durchschnittliche Lebenslauf eines Journalisten aus? Studium in Fächern wie Politikwissenschaft, Germanistik, Journalismus, manchmal auch Soziologie und auch Sport (wirklich sehr selten auch mal Wirtschaft), danach Einstieg als Praktikant bei Medien und danach eine „Karriere“ in einem Medium wie Zeitung, Fernsehen, Radio, etc. Haben Journalisten dabei auch einmal irgendwo in einem Unternehmen gearbeitet, wo sie wirkliche Kompetenzen über das Studium hinaus erworben haben? Ganz selten. So finden sich in den meisten Medienunternehmen Leute, die über die Welt berichten, ohne jemals wesentliche Bestandteile dieser Welt überhaupt nur verstanden zu haben oder zu kennen. Das war vor vielen Jahren oder Jahrzehnten noch anders. Da war der Job eines Journalisten vornehmlich Informationen aus unterschiedlichsten Quellen zusammenzutragen, sie darzustellen ohne sie zu bewerten und es dem Leser selber zu überlassen, sich ein Bild von der Sachlage zu machen.

Oft verbrachten Journalisten ihr halbes Leben damit, vor Ort die Menschen und die Kultur kennenzulernen, bevor sie darüber berichteten. Ich erinnere mich noch gut an die Zeiten eines Peter Scholl Latours, dem ich seinerzeit an den Lippen geklebt habe. In Zeiten des sog. Haltungsjournalismus ist das anders. Da braucht ein Journalist zunächst mal keinerlei Kompetenz. So kam es dann, dass in den zwei Coronajahren ehemalige Germanistikstudenten meinten, sie wüssten besser über Virologie Bescheid, als ein Professor der Mikrobiologie und Infektiologie, der 20 Jahre ein Institut an einer renommierten Universität leitete und dabei haufenweise Preise erhielt, darunter einen Verdienstorden eines Bundeslandes. Im Haltungsjournalismus kommt es nicht mehr darauf an von etwas Ahnung zu haben, sondern lediglich bewährte Parolen bei den sogenannten Leitmedien und Alphajournalisten oder gleich bei den konzerngesteuerten Agenturen abzuschreiben. Neutrale, ausgewogene Berichterstattung ist schon lange passé. Dafür ist die Darstellung von persönlichen Sichten als Fakt ungeheuer „in“. So wundert es nicht, dass auf lokaler Ebene ein Journalist, der die meiste Zeit seines Lebens als Sportjournalist war, plötzlich Beiträge abliefern, die eher anmuten wie der Feuilleton-teil der FAZ,

ganz im Stil eines Claas Relotius, der einen Journalistenpreis für Beiträge erhielt, die früher vermutlich eher Preise als fiktive Kurzgeschichte erhalten hätten. Und was motiviert einen pensionierten Journalisten, der eigentlich gemächlich seine Rente genießen könnte, sich Montag Abend für Montag Abend heimlich, still und leise unter die Montagsspaziergänger zu mischen um dann in der Zeitung Dreck über sie auszukübeln? Um Geld kann es da ja nicht gehen. Und da ist ein anderer Redakteur, der seit 12 Jahren die Redaktion eines Provinzkäseblattes leitet und versucht in die persönlichen Motive von Menschen einzudringen, über die er schreibt. Was wollen Sie auch erwarten, wenn jemand im tiefsten Mittelmaß gefangen ist und als Highlight des Jahres Berichte über die Muswiese oder das Firmenjubiläum des Maschinenrings parat hält (was keine Geringschätzung solch wichtiger Organisationen wie dem Maschinenring sein soll). Welchen Wert hat z.B. die Aussage eines ehemaligen Germanistikstudenten zu Wirtschaft? Richtig: Keinen. Der Journalist könnte verschiedene Wirtschaftswissenschaftler befragen und deren Sicht darstellen. Dies geschieht nur eben nicht mehr. Heutzutage darf jeder Journalist in jedem Gebiet seiner Gedankenlosigkeit

freien Lauf lassen. Wenn eine Mücke einen Fuz in den Wind bläst, dann mag es Menschen geben, die diesen Fuz als einen vortrefflichen Fuz wertschätzen können. Nur bleibt es eben nichts anderes als ein Mückenfuz im Wind. Nichts macht daraus einen Sturm oder ein Gewitter oder auch eine Parfumwolke einer Charisma ausstrahlenden Persönlichkeit.

Wer will mitarbeiten?

„Klartext“ ist eine offene Redaktion. Wir freuen uns, wenn jemand Gastbeiträge einreicht, und wir freuen uns auch, wenn jemand aktiv in der Redaktion mitmachen will. Es gibt einige Aufgaben, die noch offen für die Zukunft sind. Wenn Sie Lust dazu haben, melden Sie sich einfach unter der im Impressum angegebenen Emailadresse.

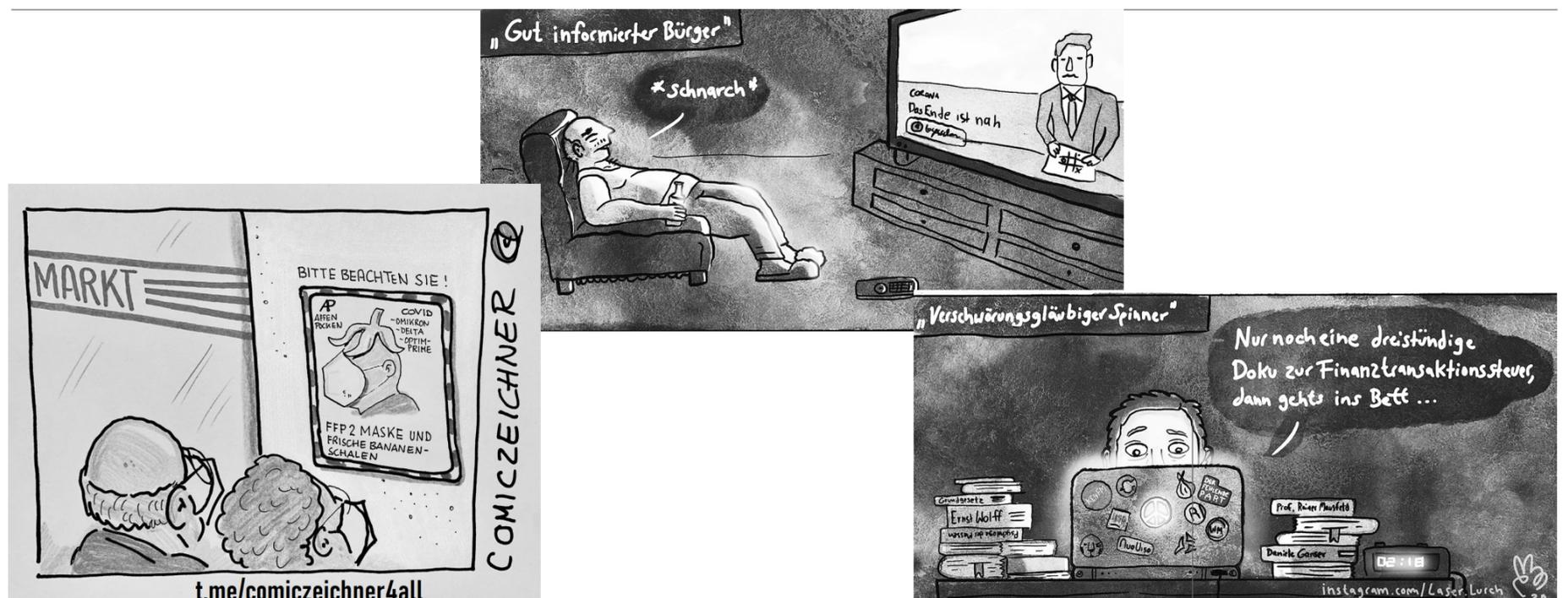
Versenden Gesundheitsämter "Drohbriefe"?

Das Verwaltungsgericht Hannover hat ein aus Sicht von ungeimpften Mitarbeitern in medizinischen Einrichtungen wichtiges Urteil gefällt. Hintergrund war ein Schreiben, das Ungeimpfte in den vergangenen Wochen vom Gesundheitsamt erhalten hatten. Darin forderte die Behörde sie auf, Nachweise über eine mRNA-Injektion, einen kürzlich festgestellten positiven Test auf SARS-CoV-2 oder eine Kontraindikation bezüglich der Impfungen nachzuweisen. Das Amt kündigte an, bei Nichtvorlage eines solchen Nachweises Zwangsgelder oder Bußgeldverfahren gegen die betreffenden Personen einzuleiten. Diesem Vorgehen widersprach das Gericht nun und formulierte dazu in seinem Urteil: „Die Anforderung zur Vorlage eines Immunitätsnachweises nach § 20a Abs. 5 Satz 1 IfSG kann nicht mithilfe eines Zwangsgeldes durchgesetzt werden.“ Das ausführliche Urteil ist auf der Internetseite <http://www.dbovg.niedersachsen.de/> zu finden.

Dr. Frank Michler, Kreistagsabgeordneter der Bürgerliste "Weiterdenken Marburg", hat auf Grundlage dieses Urteils das örtliche Gesundheitsamt nun aufgefordert, die Betroffenen ohne die angekündigten Strafmaßnahmen erneut anzuschreiben. „Es ist nicht hinnehmbar, dass das Gesundheitsamt Menschen unter Androhung eines empfindlichen Übels dazu nötigt, sich gegen ihren Willen einer medizinischen Behandlung zu unterziehen. Daher wäre es auch angebracht, dass das Gesundheitsamt sich bei den Betroffenen für seinen schweren Fehler entschuldigt“, meint er. In die Kreistagssitzung des Landkreises Marburg-Biedenkopf, die am 20. Mai stattfand, hatte der Biologe einen Dringlichkeitsantrag eingebracht. Der Kommunalpolitiker forderte darin, dass das Gesundheitsamt angewiesen wird, die Betroffenen darüber zu informieren, dass entgegen der ursprünglichen Drohbriefe keine Zwangsgelder verhängt oder

Bußgeldverfahren eingeleitet werden. Die Dringlichkeit begründete Michler unter anderem damit, „dass für die Betroffenen jeder Tag zählt“. Solange die Androhung von Zwangsgeldern im Raum stehe, sei zu befürchten, dass Betroffene sich einschüchtern ließen und sich gegen ihren Willen aus Sorge um ihre finanzielle Existenzgrundlage einer medizinischen Behandlung mit experimentellen mRNA-Präparaten unterzögen. Des Weiteren sei es möglich, dass Betroffene Strafanzeige gegen die Verantwortlichen im Gesundheitsamt stellten. Da die Androhung von Zwangsgeldern rechtswidrig sei, könnte als Straftatbestand Nötigung im Raum stehen. Dann sei es Aufgabe der Staatsanwaltschaft dies von Amts wegen zu verfolgen. Die Mehrheit des Kreistages sah allerdings keine Dringlichkeit und lehnte den Antrag ab.

Abschließend sagte Michler, dass es bereits fraglich sei, ob die gentherapeutischen mRNA-Wirkstoffe überhaupt als „Impfstoffe“ im Sinne des Arzneimittelgesetzes angesehen werden könnten. Wenn man dies verneine, so könnten Betroffene allein mit Verweis darauf dem Gesundheitsamt erklären, dass eine Kontraindikation nach §20a Infektionsschutzgesetz vorliege. Ein Beispiel für einen entsprechenden Textentwurf haben die Anwälte für Aufklärung auf ihrer Internetseite (<https://afaev.de>) veröffentlicht.



Heimlich, still und leise – Die Abschaffung des Arzneimittelstandards

Zwei Drittel aller Bundestagsabgeordneten haben für eine Form der Impfpflicht gestimmt. Um die schnelle Installation der sogenannten Covid-19-Impfstoffe zu ermöglichen, hat die Bundesregierung bereits am 26.05.2020 heimlich, still und leise eine neue Verordnung mit dem Namen „Medizinischer Bedarf Versorgungssicherungsverordnung (MedBVS)“ erlassen. Die Verordnung soll die zentrale Beschaffung von Produkten des medizinischen Bedarfs durch die Bundesregierung zur Versorgung der Bevölkerung während der Corona-Epidemie ermöglichen. Hierbei geht es in keinem Fall um die Gesundheit und die Versorgung der Menschen, sondern um Geld, sehr viel Geld. Mit dieser Verordnung wurden alle Mindeststandards, die bisher für Arzneimittel galten, abgeschafft. Diese „Regulierungserleichterungen“ gelten bis zum 24.11.2022 und können unkompliziert verlängert werden.



Quellen: <https://www.gesetze-im-internet.de/medbvs>
<https://www.bundesgesundheitsministerium.de>

§ 3 Abs. 1 der MedBVS

setzt beispielsweise folgende Paragraphen des Arzneimittelgesetzes (AMG) außer Kraft:

§ 8 Abs. 3 AMG

(Verbot des Inverkehrbringens abgelaufener Arzneimittel)

Abgelaufene Covid-19-Impfstoffe dürfen nach wie vor im Verkehr sein und verimpft werden.

§ 10 AMG

(Kennzeichnungspflicht für Arzneimittel) Covid-19-Impfstoffe müssen nicht gekennzeichnet werden.

§ 11 AMG

(Packungsbeilage) Covid-19-Impfstoffe benötigen keine Packungsbeilage

§ 21 AMG

(Zulassungspflicht)

Covid-19-Impfstoffe können problemlos, auch ohne jegliche Zulassung, in den Verkehr gebracht werden.

§ 43 AMG

(Apothekenpflicht)

Covid-19-Impfstoffe dürfen unter Umgehung der Apotheken in den Verkehr gebracht werden.

§ 84 AMG

(Gefährdungshaftung)

Ärzte und Apotheker haften nicht für die Verabreichung und Folgen der Covid-19-Impfstoffe.

§ 4 der MedBVS setzt beispielsweise folgende Paragraphen der Arzneimittel- und Wirk-

stoffherstellungsverordnung (AMWHV) außer Kraft:

§ 11 AMWHV (Selbstinspektion und Lieferantenqualifizierung)

Covid-19-Impfstoffe können, mit Zustimmung der jeweiligen Behörde, auch ohne regelmäßige Selbstinspektion und ohne eine Qualifizierung der Lieferanten für Rohstoffe, Verpackungsmaterialien, etc., produziert werden.

§ 17 AMWHV (Inverkehrbringen und Einfuhr)

Covid-19-Impfstoffe können, mit der Zustimmung der jeweiligen Behörde, auch ohne Freigabe in den Verkehr gebracht und aus dem Ausland eingeführt werden.

Das sind nur wenige Eckpunkte der neuen Verordnung. Abgelaufene Impfstoffe dürfen

weiterverwendet werden, eine Qualitätsüberprüfung oder eine Packungsbeilage, die über Inhaltsstoffe, Risiken und Nebenwirkungen aufklärt, sind nicht erforderlich.

Mit einer Impfpflicht und der MedBVS wollen also zwei Drittel der Bundestagsabgeordneten, dass Menschen gezwungen werden, sich etwas in den Körper spritzen zu lassen, von dem niemand weiß, was darin enthalten ist, wann es abgelaufen ist und unter welchen hygienischen Bedingungen es hergestellt und abgefüllt wurde.

Es sollte schnellstens geklärt werden, wem diese Vorgehensweise dienen soll, denn Vertrauen schaffen diese neuen Standards nicht. Alles im Sinne der Pharmakonzerne – nicht im Sinne der Menschen!

Warum wir immer noch Spazieren gehen?



Auch wenn es vielleicht überflüssig erscheint, stelle ich hier nochmal eine Auflistung der Gründe auf, weshalb wir immer noch "spazieren gehen":

- Die einrichtungsbezogene Impfpflicht muss weg! Wir können und wollen es nicht akzeptieren, dass andere zu etwas gezwungen werden sollen, das wir für uns selbst ausdrücklich nicht möchten!

- Das Infektionsschutzgesetz muss wieder geändert werden! Dieses Gesetz schafft den Rahmen für überzogene und unverhältnismäßige Maßnahmen! Was ist bei der nächsten Variante? Beim nächsten Virus? Bei der nächsten schweren Grippewelle? Wer sagt

uns, dass uns der Staat nicht wieder durch Kontaktbeschränkung und Lockdowns "schützen" möchte?

- Wir fordern die vollständige Wiederherstellung unserer Grundrechte! Das Recht auf körperliche Unversehrtheit ist durch das Infektionsschutzgesetz immer noch eingeschränkt! Generell sollte es nicht möglich sein unsere unveräußerlichen Grundrechte überhaupt einzuschränken.

- Politische, juristische und gesellschaftliche Aufarbeitung der Pandemiepolitik! Die Verantwortlichen müssen Rechenschaft ablegen, und die gezielte Ausgrenzung und Diffamierung anderer sowie die aktive Spaltung der

Gesellschaft dürfen ebenfalls nicht folgenlos bleiben!

- Wir fordern den absoluten Ausschluss einer Impfpflicht! Wenn es im Herbst wieder mehr Krankheitsfälle gibt, darf es auf keinen Fall erneut zu einer solchen Forderung kommen! Keine direkte oder indirekte Impfpflicht durch die Hintertür! Weder über Impfungszertifikate, die über die EU kommen könnten, noch über die Unterzeichnung des WHO Pandemievertrages!

- Wahrung medizinischer und wissenschaftlicher Standards bei Zulassung und Verwendung neuer Medikamente oder Impfungen! Studien müssen kontrolliert durchgeführt werden, die Forschungszeit darf nicht verkürzt werden, Qualitätsstandards müssen immer eingehalten und Nebenwirkungen zuverlässig erfasst werden!

- Wahrung des Nürnberger Kodex! Dieser wurde nicht grundlos verfasst! Er ist Teil unserer Geschichte, aus der wir gelernt haben sollten!

- Unsere Gesundheitsdaten sind privat! Kein Arbeitgeber, kein Restaurantbesitzer und auch keine Behörde hat das Recht, diese einfach so zu verlangen oder abzufragen! Diese Daten sind vertraulich!

- Wir fordern die Rückkehr zu sachlichen Diskussionen! Andere Meinungen müssen gehört werden, es muss wieder offen diskutiert werden, ohne dass man unliebsame Meinungen zensiert, lächerlich macht oder sofort die

Nazikeule schwingt, nur um zu diffamieren!

- Wir fordern unabhängige Medien, die weder als Sprachrohr der Regierung oder irgendwelcher Geldgeber agieren! Berichterstattung muss neutral erfolgen und darf weder von politischen Ideologien, noch von persönlichen Ansichten verfremdet werden!

- Wir fordern ein funktionierendes Gesundheitssystem! Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen dürfen keine gewinnorientierten Unternehmen sein, sie müssen funktionieren! Wir haben mal eben 100.000.000.000.- € für die Rüstung! Da sollte das auch kein Problem mehr sein!

Die Liste ist lang genug und dennoch nicht vollständig!

Die Forderung nach Frieden immer und überall steht ohnehin über allem! Des Weiteren fordern wir nach wie vor Freiheit und Selbstbestimmung! Diese sind nicht nur durch die Pandemiepolitik eingeschränkt oder bedroht. Auch die Inflation, die massiv steigenden Energiepreise und die daraus resultierenden finanziellen Probleme vieler Menschen schränken ein freies und selbstbestimmtes Leben massiv ein!

Auf die gebrochenen Versprechen unserer Politiker, Korruption im Bundestag (Stichwort "Maskendeals") will ich gar nicht erst eingehen oder auf die Frage, ob es sinnvoll erscheint mit Waffen Frieden schaffen zu wollen und unsagbare Summen in die Rüstung zu stecken.

Aufarbeitung! Jetzt und Warum?

Bis auf einige Ausnahmen, die in einzelnen Bundesländern gelten, hat die Bundesregierung die Corona-Maßnahmen weitestgehend aufgehoben.

Wenn nun „alles vorbei“ ist (ist es das?) – warum soll man sich mit der Aufarbeitung der Regierungsarbeit der letzten 2 Jahre beschäftigen?

Unsere Regierung und die Opposition haben uns in den letzten 2 Jahren mehr als deutlich gezeigt, an wie vielen Stellen man von Politikversagen sprechen kann.

Schauen wir als erstes einmal auf das Thema Korruption.

„Maskenaffäre“ – das haben wohl die meisten schon mal gehört. Nur nochmal zur Erinnerung: einige Abgeordnete haben sich mächtig bereichert. Sie haben sich mit Steuergeldern die Taschen vollgemacht und aus dem Leid der Menschen Kapital geschlagen. Georg Nüßlein (CSU) soll 660.000,- EUR Provision kassiert haben für eine Auftragsvergabe an eine Textilfirma. Die Firma von Nikolaus Löbel (CDU) hat rund 250.000,- Euro an Provisionen für die Vermittlung von FFP2-Masken-Aufträgen erhalten. Mark Hauptmann (CDU) soll für die Vermittlung von Maskenlieferungen Spenden für seinen Kreisverband erhalten haben. Armin Laschets Sohn soll Kontakt zu einer Firma hergestellt haben, bei der das Land NRW für 1,25 Millionen Euro Stoffmasken bestellt hat. Zwar nicht direkt im Zusammenhang mit Corona aber dennoch symbolhaft für das Rechtsverständnis vieler Politiker ist der Fall Philipp Amthor (CDU). Immerhin haben diese Fälle zu einer seit 1949 erstmaligen (!) Einführung eines Lobbytransparenzregisters geführt, das allerdings noch einem zahnlösen Tiger gleicht, denn auf Bestreben der CDU wird nicht registriert, welcher Lobbyist auf einen Gesetzgebungsprozess Einfluss genommen hat bzw. wer sich mit Ministern,



Staatssekretären oder Ministerialbeamten getroffen hat. Mit diesem Register wäre die Einflussnahme von Lobbyisten auf das Innenministerium bei der Erstellung diverser Strategiepapiere im Zusammenhang mit Corona wohl schneller öffentlich geworden. Gleich 3 Punkte, an denen massive Regierungskritik nötig wäre, nennt allein der Bundesrechnungshof in seinem Bericht aus dem Juni 2021.

Es geht um die Abgabe von Schutzmasken über Apotheken, um die Ausgleichszahlungen an Krankenhäuser und um die Förderung des Intensivbettenaufbaus.

Gerne würde ich Ihnen die entsprechenden Textstellen des Berichts des Bundesrechnungshofes zitieren. Leider ist laut FragDenStaat.de der Bundesrechnungshof seit einer Nacht- & Nebel-Aktion im Bundestag 2013 vom Informationsfreiheitsgesetz de facto ausgenommen. Er kann nach Gutdünken selbst entscheiden, ob er seine Prüfberichte

auf Anfrage offenlegt oder nicht. Dieser Bericht ist öffentlich allerdings urheberrechtlich geschützt.

In dem Bericht wird deutlich, dass das Bundesgesundheitsministerium Steuergelder in Milliardenhöhe verteilt hat, ohne die Effektivität der eingesetzten Mittel zu prüfen. Apotheken haben die abgegebenen Masken zu völlig überhöhten Preisen mit dem BMG abgerechnet, es wurden Ausgleichszahlungen an Krankenhäuser in Milliardenhöhe gezahlt, ohne dass es wirklich Kapazitätsengpässe gab und bis heute kann man im Gesundheitsministerium offensichtlich nicht nachvollziehen, wie viele betreibbare Intensivbetten man denn nun bekommen hat für die Zahlung von 50.000,- EUR pro zusätzlichem Bett. Viel schlimmer aber ist die Entwicklung bei den Kindern und Jugendlichen. Fast ein Drittel der Kinder ist coronabedingt psychisch auffällig. Viele zeigen depressive Störungen oder

leiden unter Ängsten. Einen Platz in einer Kinder- und Jugendpsychiatrie bekommen sie allerdings erst, wenn sie akut suizidgefährdet sind. Bis dahin haben sich die Wartezeiten auf einen Behandlungsplatz aufgrund der starken Zunahme der Fälle dramatisch verlängert. Auch dies ist ein Totalversagen der Regierung. Hier hätte längst reagiert werden müssen. Immerhin geht es um unsre Kinder! In Alten- und Pflegeheimen sind gar Menschen WEGEN der Einsamkeit im Lockdown und in Isolation gestorben. Zum Teil hat 14 Tage lang niemand nach den Alten geschaut, weil die Pflegekräfte in Quarantäne waren. Menschen mussten einsam sterben, weil die Angehörigen aufgrund der Besuchsverbote die Sterbenden nicht begleiten durften.

All diese Maßnahmen verstoßen laut einem Rechtsgutachten eines Verfassungsrechtlers in weiten Teilen gegen das Grundgesetz.

Die Liste ließe sich beliebig fortsetzen: fast unüberwindbare, bürokratische Hürden bei der Beantragung der Fördermittel, ein Aussterben des Mittelstandes und des lokalen Einzelhandels zugunsten steigender Gewinne bei Großkonzernen, uvm.

Die von uns gewählten Politiker geben unsere Steuergelder aus und haben unsere Interessen zu vertreten, nicht die von Großkonzernen, Pharmaindustrie und Maskenherstellern. Ich denke wir sehen hier gerade die Spitze des Eisberges an Politikversagen und aus diesem Grund braucht es dringend eine Aufarbeitung. Wie sind diese Entscheidungen zustande gekommen? Welche Berater haben die Ministerien beraten? Wer hat profitiert? Wie kann es Gesetzgebungsverfahren und Verordnungen geben, die gegen das Grundgesetz verstoßen?

Wir brauchen eine Aufarbeitung – sofort und umfänglich!

Mit apokalyptischen Reitern dem Abgrund blind entgegen

Die neue Bundesregierung lässt hier für uns Bürger in Deutschland keinen Stein mehr auf dem anderen. Vertraute Sicherheiten von Verbrauchern und der Wirtschaft werden geopfert. Kein Wunder: wer Wirtschaftsminister Habeck (Grüne) genau zuhört, erfährt, dass dieser mit Deutschland nichts anfangen kann. Warum denn den Wohlstand erhalten? Wenn unsere Wirtschaftskraft erst ruiniert ist, sind wir komplett vom Ausland abhängig, freigegeben zur Ausplünderung! Doch wer zahlt die Unsummen von Milliarden an die EU, wenn nicht Deutschland? Dann bricht die EU zusammen. Die Explosion der derzeitigen Lebenshaltungskosten (Strom, Gas, Öl, Lebensmittel) können in absehbarer Zeit zu sozialen Unruhen führen, beflügelt von den apokalyptischen Reitern, die uns regieren und breite Bürgermassen blenden und täuschen. Nach zwei Jahren Corona-Entbehungen und Verzicht, sowie massive Einschränkungen unserer Grundrechte sind weitere Einschnitte nicht akzeptabel, zumal uns dieses die Politiker selbst gar nicht vorleben! Außenministerin Baerbock brüskiert Handelspartner aus West & Ost durch Einmischung in innere Angelegenheiten und schadet der deutschen Wirtschaft. Die Frau, ohne jegliches diplomatisches Format und ohne entsprechende Ausbildung, bewegt sich wie ein Elefant im Porzellanladen. Nordstream II ist stillgelegt, das kostet Arbeitsplätze und Energiesicherheit! Der Konflikt Ukraine/Russland wird zum Fiasko deutscher Außenpolitik. Wer Russland demütigt, muss das Echo ertragen, so die Geschichte. Wer Waffen statt Diplomaten entsendet, will keinen Frieden! Somit steigt die Gefahr eines gesamteuropäischen Konfliktes, der auch uns betrifft. Die friedliche Ostpolitik

von Brand und Bahr basierend auf der friedlichen Koexistenz, ist somit begraben, das muss uns allen klar sein! Williger Vollstrecker der US Politik ist Bundes-CumEx-Kanzler Scholz, dem das Format von Helmut Schmidt natürlich um Längen verfehlt.

Verteidigungsminister(-innen) ohne Kenntnis haben die Bundeswehr national und international lächerlich gemacht. Forderungen von Offizieren im Bundeswehrbeschaffungssamt wurden von unfähigen Politikern sabotiert. Claudia Roth als Kulturstaatsministerin wird ihre deutschfreundliche Einstellung in Wort und Tat im Bereich Kultur voll ausleben. Landwirtschaftsminister Özdemir versetzt der Landwirtschaft nach knebelnden EU-Bestimmungen seit den 1980er Jahren jetzt den finalen Todesstoß mit neuen Auflagen.

Gesundheitsminister Dr. Karl Lauterbach ist wie ein Fähnchen im Wind oder ein Klabautermann, der abends in Talk-Shows das widerruft, was er tagsüber den Bürgern auferlegt hat.

Zu viele apokalyptischen Reiter der Bundesregierung lassen die Kräfte der Bevölkerung dieses Landes schwinden. Die Folgen spürt jetzt schon jeder, denn nicht Putin ist für CO₂, Klimazwangsabgaben oder Maut verantwortlich, sondern unsere Politiker! Die Bundestagswahl ist das Ergebnis einer erfolgreichen, großangelegten Manipulation von Politik und Medien, im Bündnis gegen die eigene Bevölkerung!

Mit dieser Bundesregierung - bei klarem Sachverstand der Fakten - schafft sich Deutschland selbst ab, Sarazin hin oder her.



Jetzt mal ehrlich, Paul! - Fragenkatalog zu Impfnebenwirkungen

Verschiedene Bürgerinitiativen aus dem Rhein-Main-Gebiet haben unter dem Motto "Jetzt mal ehrlich, Paul" einen Fragenkatalog zum Thema "Qualität der Impfstoffe und deren Nebenwirkungen" erarbeitet. Darin heisst es u. a.:

"Angesichts vermehrter Meldungen in den öffentlich-rechtlichen Medien, sowie in mehreren Printmedien zu Komplikationen und schwerwiegenden gesundheitlichen Schäden im Zusammenhang mit den bedingt zugelassenen Covid19-mRNA-Impfstoffen, bitten wir Sie dringend um Beantwortung folgender Fragen gemäß dem Informationsfreiheitsgesetz (Ifg): [...]"

2. Sind Ihnen alle Inhaltsstoffe und deren Zusammenwirken bekannt?

3. Gibt es Hinweise auf Toxizität oder Kanzerogenität einzelner Bestandteile oder aus der Kombination dieser? [...]"

10. Wie ist die absolute Wirksamkeit der Impfstoffe nach der aktuellen Studienlage?

11. Wie effektiv ist der absolute Impfschutz gegen eine Erkrankung mit Covid-19 pro Altersgruppe?

12. Wie effektiv ist das Übertragungsrisiko nach sog. vollständiger Impfung minimiert? [...]"

16. Wie hoch ist das Risiko bleibender Folgeschäden einer Covid-19-Erkrankung gegenüber dem Risiko einer schwerwiegenden Impfkomplication pro Altersgruppe?

17. Welche Kenntnisse haben Sie bzw. verschaffen Sie sich um Hinweise auf eine dauerhafte Schwächung des Immunsystems durch mehrfache Impfungen zu prüfen? [...]"

25. Gibt es in den laufenden Zulassungsstudien der Hersteller Kontrollgruppen nicht geimpfter Menschen und werden diese Kontrollgruppen bis zum Ende der Studien beobachtet? [...]"

Wir können uns vorstellen, dass Sie sich mit diesen und ähnlichen Fragestellungen schon ausführlich befasst haben und sind dankbar, wenn Sie uns alle Informationen zur Verfügung stellen, welche die oben genannten Fragen konkret und umfassend beantworten."

Sie können den vollständigen Brief als Muster gerne hier herunterladen, lesen, an Interessierte weiterleiten und gerne selbst an das PEI senden (siehe QR-Code rechts).

Am 14.06.2022 fand vor dem Paul-Ehrlich-Institut in Langen/Hessen hierzu eine initiativenübergreifend organisierte Kundgebung hierzu statt.

Zu dieser Versammlung kamen u.a. auch Ärzte und Anwälte aus dem gesamten Bundesgebiet, welche Fragen vorbrachten und in einen Dialog mit unserer Bundesbehörde eintreten wollen. Zu den Rednern gehörten u.a. Dr. Walter Weber (Ärzte für Aufklärung), Dr. Ralf Kron (Ärzte stehen auf) und Rechtsanwalt Frank Großenbach.

Die Bevölkerung ist - unabhängig von ihrer jeweiligen Haltung zur "Impfung" - herzlich eingeladen, sich in diesen nun gestarteten Prozess einzubringen. Es geht um viel - schließlich steht die nächste Dauer-Impfagenda im Herbst ("Covid-Booster 4" und "Affepocken 1") bereits vor ihrer Haustür!

KUNDGEBUNG DER 1.000 FRAGEN
Dienstag, 14.06.2022 | 14:00 - 17:30 Uhr
Treffpunkt: Paul-Ehrlich-Institut, Langen

Jetzt mal ehrlich, Paul 2.0!

- Dr. Walter Weber, Hamburg
- RA Frank Großenbach, Frankfurt
- Ralph Bühler, Heidelberg
- SchwzVyce, Frankfurt



Denn Erstens kommt es anders..

Wie eine ALLE-ZWEI-MONATE-Zeitung entstanden ist

Wir hatten „Klartext“ geplant als Zeitung, die monatlich erscheint und zwar zum jeweils 15. des Monats.

Wenn in Unternehmen heutzutage nach modernen Projektmanagementmethoden gearbeitet wird, dann nennt sich das neudeutsch „agil“. Agiles Projektmanagement bedeutet nicht mehr lange Pläne zu machen, da Pläne in einer komplexen und dynamischen Umwelt bereits veraltet sind in dem Moment, da sie fertig sind. Also wird mehr oder weniger einfach losgelegt – immer mit dem Ziel möglichst schnell im "Rapid-Prototyping" ein Endprodukt herzustellen, das nun von Runde zu Runde verbessert wird. Dadurch lernt die gesamte Organisation auch intensiv dazu.

Genau so haben wir auch einfach angefangen und keine großartigen Pläne gemacht und so lernen wir von Tag zu Tag dazu.

Wir sind keine Profis, sondern Amateure und wir werden wohl bei jedem Schritt Fehler machen und daraus lernen. So haben wir z.B. gelernt, dass es vom Schreiben von Artikeln und dem anschließenden Redigieren ein weiter Weg zu einem fertigen Layout ist, das ohne (oder mit nur wenigen ;-) Fehler ist. So hat sich die Arbeit zum ersten Mal verzögert. Die zweite Verzögerung kam mit der Frage, wo wir drucken lassen und was das kostet. Wir gingen davon aus, dass die Unterschiede bei der Preisgestaltung von Druckereien immens sein können. Wir arbeiten ja nicht damit eine Zeitung zu verkaufen und damit Geld einzunehmen. Wir arbeiten ausschließlich mit finanzieller Unterstützung von Privatpersonen. Und so dachten wir, die Finanzierung der ersten Ausgabe sei sicher, bis wir gelernt haben, dass die Druckkosten in der vorgesehenen Version unsere Mittel bei weitem überstiegen haben. Also haben wir unser Vorhaben angepasst und eine andere Druckerei gesucht. Diese haben wir gefunden.

Die Vorfinanzierung war in trockenen Tüchern, bis – ja bis wir festgestellt haben, dass die Druckerei nur 8 Seiten drucken will, wir aber nur vier Seiten für die erste Ausgabe machen wollten. Und so kam es, dass wir für diese erste Ausgabe doch 8 Seiten haben und von diesen 8 Seiten 4 Seiten auf die Schnelle mit Inhalt gefüllt werden mussten. Das Ergebnis halten Sie jetzt in den Händen. Und deshalb hat es auch deutlich länger gedauert, als wir es ursprünglich gedacht hatten. Und weil wir nicht innerhalb von einem Monat eine komplette nächste Ausgabe an den Start bringen können (wir arbeiten alle ehrenamtlich in unserer Freizeit), wird „Klartext“ eben jetzt alle 6 bis 8 Wochen erscheinen. Und wir werden auch in Zukunft 8 Seiten haben. Das sieht dann fast schon wie eine professionelle Zeitung aus, obwohl das gar nicht unser Anspruch ist.

In diesem Sinne wünschen wir mit dieser Ausgabe und auch in Zukunft **viel Freude beim Lesen.**



Bild: Envatoelements



Liebe Leserinnen und Leser von „Klartext – Bürgerzeitung für das Rhein-Main-Gebiet“

Nun ist die erste Ausgabe unserer Zeitung fertig und veröffentlicht. Die Erstellung einer solchen Zeitung ist mit einigem finanziellen Aufwand verbunden. Wenngleich die Onlineausgaben von Homepage und Telegram-Kanal nur geringe Kosten bewirken, so haben

wir ja noch zusätzlich die gedruckte Ausgabe, die im Rhein-Main-Gebiet mit mindestens 10.000 Exemplaren erscheint. Da wir alle ehrenamtlich schreiben, die Zeitung erstellen und die Verteilung durch engagierte Menschen aus der Demokratiebewegung erfolgt, entstehen über die Druckkosten hinaus kaum weitere Kosten. Wer uns dabei unterstützen mag, kann dies einfach über eine "SCHENKUNG" tun.

Unterstützung & Veranstaltungshinweise

Da wir kein Verein sind, dürfen wir keine Spenden entgegen nehmen und somit auch keine Spendenquittungen ausstellen. Es darf also lediglich eine "Schenkung" sein. Diese finanzielle Unterstützung kann auf zwei Arten erfolgen:

1. Über Ihre lokale Initiative / Verteiler, oder
2. Einfach über unser **Konto für Schenkungen**, welches wir für solche Zwecke eröffnet haben, auf das Sie einfach Ihre Wertschätzung überweisen können. Hier die Kontodaten:
IBAN: DE15 5003 0700 4069 7455 50
Kontoinhaber: Chris Barth
Verwendungszweck: **SCHENKUNG KLARTEXT**

Wir freuen uns über jeden Beitrag und sei er auch noch so klein. Wir halten es so wie Herr Reitschuster, der auf seiner Homepage sinngemäß schreibt, dass diejenigen, die wenig haben, das Wenige behalten mögen und dass diejenigen, die Überfluss haben, willkommen sind ihren Überfluss mit uns zu teilen. ❤

JUNE 25 2022
FRANKFURT
2 PM GRÜNBURG-PARK
MILLION MARCH II
MARCH FOR FREEDOM, DEMOCRACY AND HUMAN RIGHTS
UNITED WE STAND
Europeansunited.eu

Aufzug für Frieden und Zusammenhalt!
Aschaffenburg
So. 17.07.22
Start: **14.00 Uhr - Schloßplatz!**
Aufstellung ab 13.00 Uhr
Wir fordern **Rente statt Rüstung**,
Mehrwert-Bürger statt Mehrwertsteuer,
und **Wahrheit statt Märchen**,
für ein **bezahlbares Leben!**
Veranstalter: Rhein-Main-steht-auf

Warum es noch nicht vorbei ist!

Ein Ende der Aktionen gegen das Corona-Regime ist nicht in Sicht

„Es wurden doch alle Maßnahmen aufgehoben“ oder „Die Impfpflicht ist doch vom Tisch“, diese oder ähnliche Sätze bekommen die Teilnehmer der Corona-Maßnahmenkritischen Demonstrationen in letzter Zeit immer öfter vorgehalten.

So wünschenswert das Zutreffen beider Aussagen auch ist, sie sind leider nicht wahr. Zwar ist ein Großteil der Maßnahmen aktuell außer Kraft gesetzt, die komplette Freiheit und alle Grundrechte sind noch lange nicht wiederhergestellt. Weiterhin muss z.B. im ÖPNV, in Krankenhäuser oder in Pflegeeinrichtungen eine Maske getragen werden. Auch einige Einzelhändler, aber auch viele öffentliche Einrichtungen beharren weiterhin auf die umstrittene Mund-Nase-Bedeckung, Kitas und Schulen verlangen immer noch 3G-Nachweise. Alle berufen sich dabei auf ihr Hausrecht – eine Rechtsgrundlage dazu fehlt nach Auffassung mehrerer Rechtsanwältinnen.

Offenbar stört sich jedoch weder der größte Teil der Gesellschaft noch die Rechtsprechung an diesem Missstand: **Ein Grund warum es noch nicht vorbei ist.**

Die Abstimmungen zu einer „allgemeinen Impfpflicht“ am 07. April sind gescheitert. In der allgemeinen Berichterstattung wird aber nicht darauf eingegangen, dass nicht gegen eine Impfpflicht abgestimmt wurde, sondern nur alle Einbringungen scheiterten!

Zwei Anträge, welche die Idee einer Pflichtimpfung ablehnen (FDP und AfD), sind ebenso gescheitert, wie die Anträge, welche eine solche Impfpflicht vorsahen.

Es ist zu befürchten, dass die Protagonisten, welche die Impfpflicht vorangetrieben haben, das Thema noch nicht aufgegeben haben. Wie sonst kann Anton Hofreiter (Grüne) am 07. April bei Markus Lanz (ZDF) in Bezug auf die gescheiterte Abstimmung sagen, man müsse nochmal verhandeln und er hoffe auf eine Mehrheit vor dem Herbst.

Weiter sieht das schon gültige Infektionsschutzgesetz (IfSG) in §20 Abs. 6 bereits heute Zwangsimpfungen unter bestimmten Bedingungen vor. Selbst die Zustimmung des Bundesrates wird in §15 Abs. 2 in „dringenden Fällen“ ausgesetzt. Ebenfalls darf nicht vergessen werden, dass EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen offen über



eine Impfpflicht in der EU nachdenkt: **Ein Grund warum es noch nicht vorbei ist.**

Weiterhin ist die einrichtungsbezogene Impfpflicht und die Duldungspflicht für Covid 19 – „Schutzimpfungen“ bei der Bundeswehr nicht aufgehoben. Zehntausende Menschen bangen um ihre Arbeitsplätze, der Pflegebereich steht vor einem Kollaps.

Nachdem die „allgemeine Impfpflicht“ vorläufig vom Tisch ist, muss man von einer klaren Benachteiligung, gleich einer Zweiklassengesellschaft sprechen: **Ein Grund warum es noch nicht vorbei ist.**

Nach dem Auslaufen eines Großteils der Maßnahmen nach dem 19. März finden immer mehr Menschen zu einem annähernd normalen Leben zurück - sofern es ihnen denn möglich ist. Es ist jedoch zu befürchten, dass viele Menschen noch lange brauchen, um die in zwei Jahren tief verankerten Ängste (ich erinnere hier an das sogenannte „Panik-Papier“ der Bundesregierung) aufzuarbeiten.

Die Angst sitzt tief, so tragen immer noch viele Menschen beim täglichen Einkauf einen Mundschutz. Bei vulnerablen Gruppen kann diese Angst in gewisser Weise nachvollzogen werden. Dass aber ein großer Teil der sich noch verhüllenden Menschen junge Bürger sind, zeigt, was die letzten zwei Jahre angeordnet haben: **Ein Grund warum es noch nicht vorbei ist.**

Obwohl anerkannte Virologen wie Klaus Stöhr unlängst darauf hinweisen, dass die Wirkungen der Corona-Maßnahmen drastisch überschätzt werden, arbeitet „Gesundheitsminister“ Lauterbach bereits auf einen neuen „Corona-Herbst“ hin. Er schwadroniert von Killer-Varianten bzw. Affenpockenepidemien und bereitet die Bürger auf eine neue Maskenpflicht vor. Für den Begriff „Killer-Variante“ muss Lauterbach aktuell einiges an Kritik einstecken. Virologen nennen seine Einschätzung unwissenschaftlich (Virologe Jonas Schmidt-Chanasit) und weisen darauf

hin, dass es extrem unwahrscheinlich ist, dass es noch gefährlichere Varianten geben wird (Virologin Ulrike Protzer).

Unbeeindruckt davon, bemüht sich der auch „Panik-Minister“ genannte Politiker, um eine Verlängerung der Reisebeschränkungen und empfiehlt nun eine vierte Impfung für alle (noch) ab 60 Jahren.

Wenn man sieht, welche Großmengen an Impfstoffen Lauterbach weiterhin nachordert, ist zu befürchten, dass es nicht nur dabei bleibt: **Ein Grund warum es noch lange nicht vorbei ist.**

Obwohl inzwischen (fast) niemand mehr bestreitet, dass es sich bei der sogenannten „Impfung“, bestenfalls nur um einen Individualschutz handelt, werden Menschen, die sich keine Spritze haben setzen lassen, weiterhin schräg angesehen, als Spinner abgetan und erfahren gesellschaftliche Nachteile.

Weiterhin wird behauptet, mit der „Impfung“ schütze man seine Mitmenschen. Selbst während der Bundestagsdebatte zur Impfpflicht haben Politiker diese Falschaussage als Argument angeführt.

Es ist übrigens auch das meistgenannte Argument bei Diskussionen mit Mitmenschen ... man schütze damit andere.

Und das obwohl auch hier anerkannte Virologen wie Hendrik Streeck nicht müde werden, dieses Argument öffentlich zu widerlegen.

Bitte bedenken Sie diese Tatsachen, wenn Sie sich das nächste Mal wundern, dass deutschlandweit immer noch zehntausende auf die Straße gehen: **Es ist noch nicht vorbei.**

Haben Sie auch geglaubt, dass jetzt, mit der Aufhebung der xG Auflagen und der Maskenpflicht die Sache vorbei ist? Zumal der Bundestag auch die Impfpflicht für alle abgelehnt hat?

Dem ist mitnichten so!

Die Impfpflicht für alle wurde am 08.04.2022 durch die Hintertür der EU beschlossen. Wussten Sie das?

Es gibt immer noch eine einrichtungsbezogene Impfpflicht.

Und glauben Sie diesen Politikern in Berlin noch irgendetwas?

Wenn Scholz verspricht, die Impfpflicht nicht nochmal aufs Tablett zu bringen - glauben Sie ihm das, bei all den Versprechen, die er und seine Clique bis heute bereits gebrochen haben?

Es gibt eine Vielzahl guter Gründe, weiter Montags spazieren oder demonstrieren zu gehen. Welcher davon motiviert Sie?



Impressum / Redaktion

Hans-Martin Müller, Dirk Hüther, Sandra Hertweck, Christfried Krause, Sven Semmler, Diana Osterhage, Dr. Frank Michler, Chris Barth Grafik, Layout: Kerstin Hamberger Herausgeber: Chris Barth, c/o autorenglück.de, Franz-Mehring-Str. 15, D-01237 Dresden Auflage: 10.000+ / Erscheinungsweise: offen

Haftungsausschluss:

Die veröffentlichten Artikel (Stand teilw. April/Mai/Juni '22) zielen nicht darauf ab, medizinische oder juristische Beratung zu sein oder zu ersetzen. Alle Angaben ohne Gewähr. Mail: redaktion@klartext-rheinmain.de Web: www.klartext-rheinmain.de Telegram: https://t.me/klartext_rheinmain

Montagsspaziergänge:

Frankfurt: 18:00 Uhr Römerberg
Darmstadt: 17:00 Uhr Friedensplatz & 18:00 Uhr Luisenplatz / Neues Rathaus
Groß-Ostheim: 18:30 Uhr Marktplatz
Aschaffenburg: 18:30 Uhr Schloßplatz
Langen: 18:30 Uhr Bahnstr./Goethestr

Mainz: 18:30 Uhr Ernst-Ludwig-Platz

Miltenberg: 19:00 Uhr Alter Bahnhof
Marburg: 18:00 Uhr Elisabeth-Blochmann-Platz

Weitere Termine hier abrufbar:

t.me/Demotermine

www.nichtohneuns.de